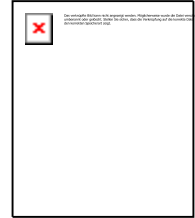


# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---



**ANFRAGE**

**6-3983/19-KT**

für die **ö f f e n t l i c h e** Sitzung

**Kreistag**

**21.10.2019**

**Einreicher:** Katrin Witt, SPD-Kreistagsfraktion

**Betr.:** Digitalisierung/Erreichbarkeit des Landkreises

## **Sachverhalt:**

Seit Jahren ist die Erreichbarkeit des Landkreises auf einem Stand, der mit Verwaltung 2.0 nicht viel zu tun hat. Grundsätzlich begrüße ich es sehr, wenn die Mitarbeiter telefonisch erreichbar sind und ich auf sehr zugewandte, freundliche Mitarbeiter treffe.

Allerdings geht die Kommunikation zwischen Landkreis und Bürgern ja viel weiter. Und der schriftliche Bereich ist durch die DSGVO nun so erschwert, dass dieser faktisch nur noch über Post (bzw. Drittanbieter) abgewickelt werden kann.

Es gibt zwar Email Adressen, die auch für kurze Nachrichten ohne inhaltlichen Bezug genutzt werden können, allerdings ist das nur ein kleiner Teil, der Dinge, die abgearbeitet werden müssen.

## **Dazu folgendes Beispiel:**

Das Sozialamt in den Sachgebieten Hilfe zur Pflege, Grundsicherung, Eingliederungshilfe und Wohngeld erfährt von der anstehenden Rentenerhöhung. Grundsätzlich ist es möglich, dass im Rahmen eines Datenabgleiches der Landkreis auf die Rentenerhöhungen zugreifen kann. Laut Aussage der Kreisverwaltung (wiederholt und namentlich bekannt) wird diesem Datenabgleich aber nicht getraut, so dass trotzdem jeder Hilfeempfänger angeschrieben wird. Von jedem Sachgebiet. Teilweise werden für dieselbe Person vom selben Amt bis zu drei Briefe versandt.

Es wurden Briefe mit folgenden Inhalten verschickt (vereinfachte Darstellung)

- Variante 1: Die Rente wurde schon neu erfasst, schicken sie mir trotzdem den neuen Rentenbescheid zur Kontrolle.
- Variante 2: Schicken Sie mir den neuen Rentenbescheid, dann erfolgt die Neuberechnung.
- Variante 3: Sie haben den Rentenbescheid noch nicht geschickt, deshalb schicken wir Ihnen eine Mahnung und Androhung der Versagung von Leistungen (Mitte Juni, obwohl die Rente erst Ende Juni erstmalig ausgezahlt wird)

## **Fragen:**

1. Wie hoch ist die Fehlerquote beim Abruf der Renten aus dem zentralen System?
2. Wie viele Briefe dieser Art(en) werden pro Ereignis (Rentenveränderung) von der Verwaltung verschickt?
3. Welche personellen Kosten sind damit verbunden?

4. Welche Sachkosten (Papier und Postwertzeichen) sind damit verbunden?
5. Gibt es bei der Kostenseite einen Unterschied in der Variante 1 und 2?
6. Weshalb werden Mahnungen verschickt?
7. Welche Ideen hat die Verwaltung diese Prozesse zu vereinfachen und damit Personal und Kosten zu sparen?

Der Hilfeempfänger hat nun die Aufgabe seinen Rentenbescheid an das Sozialamt zu schicken. Dazu kann er die Post (oder Drittanbieter) nutzen. Das kosten Papier (Kopieren) und Porto.

Er kann in die Verwaltung fahren und die Kopie abgeben. In die Verwaltung zu fahren und dort den Bescheid vorzulegen ist nur eingeschränkt möglich. Die Kosten für Kopien würde dann das Sozialamt zu tragen haben.

Per Mail die Bescheide zu schicken, ist mit dem Problem verbunden, dass durch wechselnde Sachbearbeiter und Krankheit/Urlaub völlig unsicher ist, ob die Mail ankommt und wenn ja, wann.

Beim Jobcenter gibt es sog. Teampostfächer. Darauf kann jeder im Team zurückgreifen, sucht sich die Mails raus, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen und bearbeitet diese dann. Die Mail, die eine Weile nicht bearbeitet werden, verteilt dann der Teamleiter auf die Mitarbeiter bzw. nimmt sich der Sache selber an.

#### **Fragen:**

1. Ist es möglich solche Teampostfächer bei den einzelnen Sachgebieten einzurichten? Wenn datenschutz- bzw. arbeitsrechtliche Hindernisse dem entgegenstehen, wie können die gelöst werden?

Die Vermeidung von Ressourcen (wie Papier, aber auch Entlastung des Verkehrs durch den Transport von Post) verbunden mit einer datenschutzrechtlich konformen Lösung sollte zügig weiter vorangetrieben werden. Dazu ist es notwendig sichere Verbindungen zwischen Verwaltung und Bürger herzustellen.

So hat die BfA einen Zugang für Leistungsempfänger geschaffen, die ähnlich wie auch bei den Banken und Sparkassen, das Hochladen von Dokumenten erlaubt. Auch die Krankenkassen sind in diesem Bereich innovativ und kundenfreundlich unterwegs (vgl. Anlage). Ich füge das neue Angebot des Jobcenters zur Kenntnisnahme bei (vgl. Anlage)

#### **Fragen:**

1. Welche Lösung strebt die Verwaltung in diesem Bereich an?
2. Soweit datenschutzrechtliche Bedenken bestehen, wie können diese gelöst werden?
3. Mit welchen Kosten rechnet die Verwaltung in diesem Bereich in welchen Jahren? Und können diese Kosten durch Personaleinsparungen kompensiert werden?

Zum Schluss bleibt noch die Möglichkeit den neuen Rentenbescheid zum Landkreis zu faxen. Nach meinem Kenntnisstand werden dann die Bescheide aber auch ausgedruckt und in Papierform weitergeleitet. Hinzu kam die Rückmeldung, dass das Fax beim Landkreis (Sozialamt) mit diesem Vorgehen überlastet ist. Dieser Sachverhalt wurde ja bereits bei der Sitzung des Kreistages am 16.09.2019 angesprochen und kann bei Bedarf namentlich ergänzt werden.

**Fragen:**

1. Welche Voraussetzungen braucht es, damit die Faxe digitalisiert ankommen können und auch so weiter gereicht werden können?
2. Welche Einsparpotentiale kann die Verwaltung bei einer solchen Umstellung sehen (weniger Verbrauch an Papier und Personal)?

Luckenwalde, den 24.09.2019

gez. Katrin Witt  
SPD-Kreistagsfraktion